

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.
Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 86/87, und die Post zu beziehen.
Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum **15 Pfenninge**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfenninge**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Mittwoch, den 3. Oktober 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Spießbürgers Leiden.

„Wohl Dem, der keine Rente hat!“ sagte einst ein wipziger Berliner, als von der Herabsetzung des Zinsfußes bei den preussischen Staatspapieren die Rede war. Man könnte fast versucht sein, diesen Galgenhumor ernst zu nehmen, wenn man das Jammergeschrei hört, das die Rentiers groß und klein in den bürgerlichen Blättern erheben, weil das Gericht geht, die preussische Regierung habe die Absicht, bei den 4prozentigen Konsols eine Konvertirung, d. h. eine Herabsetzung des Zinsfußes von 4 auf 3 1/2 oder gar auf 3 pCt. vorzunehmen. Das Beispiel Frankreichs scheint den Gedanken angeregt zu haben. Dort ließen sich bekanntlich die Bourgeois, welche dem Staate 1871 die bekannten fünf Milliarden vorgeschossen hatten, ihren „Patriotismus“ mit 4 1/2 pCt., einem ungewöhnlich hohen Zinsfuß, bezahlen, und das französische Volk hat 23 Jahre lang diese horribile Summe mit seiner Arbeit aufbringen müssen. Nunmehr hat man in Frankreich die Zinsen auf 3 1/2 pCt. ermäßigt und damit dem Staate eine große Ersparnis in seinen Ausgaben ermöglicht.

Wenn man in Preußen etwas Aehnliches thut, so wollen wir nichts dagegen einwenden; wir hätten gar nichts dagegen, wenn man auch die 4- und 3 1/2prozentige Reichsanleihe auf 3 pCt. oder noch weniger herabsetzen wollte. Vielleicht wäre es dann nicht notwendig, neue Steuern für die Militärzwecke auszusprechen, und wenn sich die Rentiers mit weniger Zinsen begnügen müssen, so ist das gewiß leichter zu verschmerzen, als wenn durch eine neue Tabaksteuer viele Tausende von armen Arbeitern erwerbslos werden. Aber dieser Arbeiter wegen würde sich die bürgerliche Presse weit weniger aufregen, wie wegen der Rentenverzehrer, denn in der kapitalistischen Gesellschaft bedeuten die Letzteren selbstverständlich mehr als Diejenigen, die wahrhaft produktive Arbeit verrichten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behandelt die Herren Staatsgläubiger ganz mit der zarten Rücksicht, die solchen gut bürgerlichen Existenzen gebührt. Sie brauchen ja nicht durch Arbeit sich zu erhalten, wenigstens zum größten Theile nicht, und darum wird hier nicht von „Begehrlichkeit“ gesprochen, die gierig nach hohen Zinsen strebt; solche kommt nur bei Arbeitern vor, die so dreist sind, für ihre Arbeit einigermaßen erträgliche Löhne zu verlangen.

Ein Vorwurf bleibt den Staatspapierbesitzern seitens der „Nordd. Allg. Ztg.“ allerdings nicht erspart: sie haben sich zu sehr in ausländischen Papieren versündigt. Von hohen Zinsen und schwindelhaften Anpreisungen angeleitet, haben sie ihr Geld in portugiesischen, italienischen, griechischen und argentinischen Papieren angelegt und sind vielfach hineingefallen. Jetzt drängt sich das Kapital auf dem heimischen Geldmarkt zusammen, es herrscht „Geldüberfluß“, die Kurse der soliden Papiere steigen.

In solchen Augenblicken sehen die Finanzmänner gewöhnlich die Gelegenheit zu einer für den Staat günstigen Rentenkonversion gekommen, und man hat eine wohl nicht unbegründete Furcht, die Steuerquellenfinder des Herrn Miquel möchten ihr Augenmerk auf diesen Punkt richten. Hier würde allerdings ein goldener Quell aus einem spröden Felsen springen, sobald ihn Herr Miquel's Zauberstab berührt, und es ist die eigene Schuld der Kapitalisten, wenn sie sich durch die unsoliden Finanz-Unternehmungen fremder Staaten haben mit hohen Zinsen verwohnen lassen, statt sich mit den 4 oder 3 1/2 oder 3 pCt. heimischer Staatspapiere zu begnügen. Das so nebenbei!

Die Zartheit der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“ aber erreicht ihren Gipfelpunkt gegenüber den Rentiers und Kapitalisten, indem bemerkt wird:

„Bei der Erwägung der Nützlichkeit eines solchen Schrittes, wie es die Konvertirung sein werde, können nicht lediglich finanzielle Gesichtspunkte maßgebend sein, sondern es fallen auch wirtschaftliche und sogar humanitäre Rücksichten ins Gewicht. Insbesondere steht aber auch die ganze Frage nicht in einem unmittelbar notwendigen Zusammenhang mit den zeitweiligen Kursnotirungen, da die Stellung des Staates gegenüber seinen Gläubigern eine wesentlich andere ist, als die eines Privatmannes. Und daß es dabei bleiben muß, liegt auf der Hand.“

So, da haben wir es: Die Humanität kommt ins Spiel gegenüber den armen Rentiers; der Staat ist verpflichtet, sie zu schonen! Er muß es sich doppelt überlegen, ehe er ihnen etwas an der Rente kürzt. Die armen Zigarrenarbeiter dagegen, welche die Staatsrenten doch auch mit aufbringen müssen, können schon noch eine neue Steuer vertragen, denkt man bei den Offizieren; sie haben ja auch keine Verluste in auswärtigen Papieren erlitten und deshalb will man sie damit belasten, in letzter Linie die Kosten für die Heeresvermehrung aufzubringen!

Haha! Humanität für die Besitzer preussischer Konsols, neue Steuern für die Zigarrenarbeiter! Es kann nicht leicht die Natur des Klassenstaates besser charakterisirt werden, als mit dieser Gegenüberstellung. Bürgerliche Blätter finden es selbstverständlich, daß man gegen die Rentiers so lebenswürdig ist; nur die Sozialdemokratie kann sich erdreisten, das Interesse eines Zigarrenarbeiters über das eines Rentiers zu stellen. Und wir wollen uns recht „gemäßigt“ ausdrücken, denn sonst spricht man im Interesse des Rentiers gleich von „Verheugung“!

Dieselben Leute und dieselbe Presse, welche über die eventuelle Rentenkonversion und die Beschränkung des Einkommens des Rentiers jammern, finden es andererseits ganz selbstverständlich, daß der Arbeiter in schlechten Zeiten sich Lohnabzüge gefallen lassen müsse, d. h. eine empfindlichere Einkommenschädigung als die der Rentiers. Wenn die Letzteren von ihrem Zinseneinkommen nicht mehr leben können, so hindert sie kein Mensch, sich durch Arbeit das Nöthige zuzuwenden. Der Arbeiter hat auch noch nicht einmal diese Möglichkeit. Er muß für herabgedrückten Lohn ebenso seine ganze Zeit opfern, wie für den früher höheren. Aber er ist ja „nur“ Arbeiter, den Sündenbock für alle sozialen Wehen.

Im Uebrigen werden die Seelenqualen der Konsolsbesitzer durch den Trost der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ kaum gemildert, geschweige denn beseitigt werden. Der Kapitalist, wenn er auch theoretisch von Nationalökonomie nichts weiß, hat immer ein sehr feines Gefühl für die Bewegungen des Geldmarktes. Es ist „Geldüberfluß“ da — welcher ein Hohn auf unsere Verhältnisse im Allgemeinen! — und der Staat, der gleich einem Kapitalisten Geldgeschäfte macht, unterliegt auch den Strömungen des Geldmarktes. Das übermäßige Angebot von Kapitalien wird schließlich doch den nöthigen Druck ausüben, um einen niedrigeren Zinsfuß herbeizuführen; das fühlen die Besitzer der Staatspapiere. Wir haben früher schon angeführt, wie wenig die Stellung des Kapitalisten sich auch in dieser Beziehung mit dem Begriff des „Patriotismus“ vereinigen läßt; der Kapitalist hat ein Interesse daran, daß der Staat möglichst viele Anleihen, respektiv Schulden macht, damit das Kapital möglichst gewinnbringend angelegt werden könnte.

„Was will die Sozialdemokratie einmal mit den preussigen Konsols anfangen,“ fragte gelegentlich höhniisch ein wohlbeleibter Bankier, der sich selbstverständlich wie alle seines Gleichen eine menschliche Gesellschaft ohne Staatsschuldscheine und Coupons nicht denken kann. Diese Frage beantwortet sich von selbst, denn wo Sozialismus herrscht, da hört auch der arbeitslose Erwerb in jeder Gestalt auf.

Jedenfalls ist es bezeichnend genug, daß man, während dem Volke Fleiß und Enthaltbarkeit gepredigt werden, dem arbeitslosen Erwerb eine so zärtliche Rücksichtnahme widmet, wie sie der wirklichen Arbeit nie zu Theil geworden ist.

Spätere Jahrhunderte werden glauben, wir hätten in der verkehrten Welt gelebt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Auf welche Weise man die zweijährige Dienstzeit verlängert, wird der „Freif. Ztg.“ aus Freiburg i. Br. berichtet. Dort, wie auch in anderen Garnisonen werden die während des Manövers verhängten Arreststrafen erst nach Rückkehr in die Garnison verbüßt. Natürlich häuft sich dadurch die Zahl der Gefangenen nach den Herbstübungen außerordentlich. Nun müssen die Mannschaften, die zur Entlassung kommen sollten, aber noch einige Tage

abzusitzen haben, so lange warten und vollständig im Dienste bleiben, bis eine Zelle für sie frei wird. Mehrere dieser Leute müssen acht oder vierzehn Tage warten, bis sie eine dreitägige Fast verbüßen können. Weinige jede Kompagnie hat zwei oder drei solcher Pechvögel, die man dafür bestrafte, daß die Gefängnisräumlichkeiten nicht ausreichen. Diese Mittheilung scheint uns, bemerkt die „Freif. Ztg.“ hierzu noch, obgleich sie von militärischer Seite stammt, der Bestätigung zu bedürfen. Die Verbüßung der Arreststrafen könnte doch in der Heimath der Sünder geschehen.

Die schwimmenden Kolosse sind im Kriege gegen China auf ihren strategischen Werth erprobt und da hat sich denn gezeigt, daß sie absolut unbrauchbar sind. Infolge ihrer geringen Manövrierfähigkeit bilden sie sogar ein Hinderniß im Seekriege. Ob unsere zumeist bei Konservativen und Nationalliberalen anzutreffenden Marine-Enthusiasten nun noch den Muth haben werden, ungezählte Millionen für neue Panzerschiffe zu bewilligen?

Eine Novelle zum § 35 der Gewerbeordnung wird im Staatsministerium vorbereitet. Die den Behörden nach der gegenwärtigen Gesetzgebung zustimmenden Befugnisse sind nicht als ausreichend erachtet, um die über den Verkehr mit Arzneimitteln erlassenen kaiserlichen Verordnungen, die Bestimmungen darüber treffen, welche Apothekerverfahren von dem Geschäftsverkehr der Drogeristen auszuschließen sind, in der beabsichtigten Weise zur Geltung zu bringen. Es soll daher eine Verschärfung der Bestimmungen dahin eintreten, daß den Personen, welche den Handel mit Drogen und chemischen Präparaten betreiben, eine Anzeigepflicht von der Eröffnung des Geschäfts der zuständigen Polizei-Behörde auferlegt und dieser Behörde das Recht übertragen wird, auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung die Ausübung des Geschäfts zu überwaschen und eventuell unterlagen zu dürfen. Dieser Antrag soll zur Beschlußfassung und Genehmigung dem Bundesrathe vorgelegt werden sein.

Ueber die Beurtheilung des Gymnastien Suozs erfahren wir aus der „Pos. Ztg.“ folgendes Nähere: Die Anklage gegen den Obersekundaner Leonit Suoz lautete auf Majestätsbeleidigung in drei Fällen, sowie auf Sachbeschädigung und Diebstahl. Aus der öffentlich erfolgten Urtheilsverkündung ging hervor, daß der Gerichtshof nur eine zweifache Majestätsbeleidigung, sowie den Diebstahl als erwiesen annahm. Letzterer bestand darin, daß der Angeklagte sich ein Heft des „Militär-Wochenblattes“ aus einem Lokale angeeignet hatte. Eine dritte Majestätsbeleidigung wurde als nicht erwiesen angesehen, ebenso auch die Sachbeschädigung, welche im Bekritzeln der Büste bestehen sollte. Die Anklage wegen Landesverrath hat, wie aus zuverlässigster Quelle verlautet, das Reichsgericht nicht erhoben, weil es annahm, der Angeklagte habe nicht das Bewußtsein gehabt, daß die von ihm abgezeichneten Festungsanlagen geheim gehalten werden mußten. Die Zeichnungen waren sehr gelungen und betrafen gerade die wichtigsten Punkte der Festung. Der Angeklagte will die Zeichnungen aus Scherz gefertigt haben. Während seiner Untersuchungshaft hat er einmal einen Fluchtversuch gemacht und versucht, an seine in Mocker wohnhafte Mutter einen Zettel zu befördern, durch welchen er dieselbe ersucht, ihm Feilen in das Gefängnis zu beforgen. Der Gerichtshof erkannte, wie gemeldet, auf eine Gesamtstrafe von fünf Monaten Gefängnis, wovon vier Monaten durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. — Deutschland hat Ruhe.

Das Vorgehen der Polizei in Herne gegen die bei einem Feste versammelten Arbeiter, das wir bereits gemeldet haben, wird von Seite der Polizei mit den Worten zu beschönigen versucht: „Sie hätten dreimal laut und deutlich zum Verlassen des Saales aufgefordert, Niemand sei gegangen, dagegen habe man „Musik, Musik“ geschrien. Darauf hätten die Beamten Gewalt angewandt, auch mit flachen Klinge dreingehauen. Draußen habe die Menge Aufstellung genommen, es sei mit Klatten bedroht worden und hätten dagegen von den Waffen Gebrauch gemacht.“ Die „Rhein-Westf. Allg.“ dagegen behauptet die Wichtigkeit ihrer Aufstellungen und erklärt sogar noch viel zu wenig gesagt zu haben, was seinerzeit ihre Gewährsmänner beweisen würden. Weiter konstatirt das Blatt, daß soweit bis jetzt bekannt, derartig

Verwundete zu verzeichnen sind. Alles weitere wird die Gerichtsverhandlung ergeben.

Die rechte Höhe! Aus Thorn wird der „Volksztg.“ geschrieben: „Für den Besuch des Kaisers in Thorn, der nur wenige Minuten in Anspruch nahm, hat die Stadtverordneten-Versammlung dem Magistrat in Bezug auf die für Empfangszwecke zu bewilligenden Mittel freien Spielraum gelassen; es wurden denn auch aus dieser Veranlassung viele tausend Mark ausgegeben. Gewiß ist es das Recht der Stadtverordneten-Versammlung, einen derartigen Beschluß zu fassen, und gewiß ist es das Recht des Magistrats, einen derartigen Beschluß auszuführen, wenn sich auch darüber streiten läßt, ob sich denn die monarchische und deutsch-nationale Gesinnung gerade in kostspieligen äußeren Dingen am besten kundtut. Aber dann ist es auch das Recht jedes Einzelnen, mit der Bereitwilligkeit der Thorer städtischen Behörden, für die Ausschmückung von Straßen u. Tausende auszugeben, folgendes, an erster Stelle von der Gattin des Ersten Bürgermeisters Kohli unterschriebenes Inserat zu vergleichen, das in Nr. 226 der „Thorner Ostdeutschen Zeitung“ veröffentlicht wird:

Ihr die durch die Cholera schwer heim gesuchten und in Noth gerathenen Familien wenden sich Unterzeichneten an die stets hilfsbereite Privatwohlthätigkeit unserer Mitbürger, da staatliche oder kommunale Mittel für diesen Zweck nicht zur Verfügung stehen und die Noth groß ist. Geldspenden jeden Betrages sind die Unterzeichneten gern bereit anzunehmen und wird auf besonderen Wunsch darüber feinerzeit öffentlich quittirt werden.
Thorn, den 26. September 1894.
Margot Kohli. Lina Dauben.
Helene Schwarz. Anna Hübner.
Jda Meyer. Clara Kittler.“

Wir ersparen uns alle weiteren Bemerkungen; die Stadtverordneten und der Magistrat von Thorn werden sich bei der Lektüre des Inserats selbst sagen, welche Wirkung dasselbe mit seinem Eingeständniß, daß kommunale Mittel zur Abhilfe der großen Noth in den von der Cholera betroffenen Familien nicht zur Verfügung stehen, auf die Oeffentlichkeit ausüben muß.

Die Arbeitslosigkeit auf dem Harze. Wir berichteten dieser Tage, daß der Aufsichtsrath der „Harzer Werke“ den Betrieb auf vorläufig 3 Monate einzustellen. Die Veranlassung zu diesem folgenschweren Beschlusse soll in den ungünstigen Geschäftsverhältnissen liegen. Nach einer Mittheilung unseres Braunschweiger Parteiorgans werden zunächst 270 Arbeiter brotlos, die fast alle verheirathet sind und theilweise eine sehr starke Familie zu ernähren haben, sodas etwa 1000 Personen auf einen Schlag dem äußersten Elend überantwortet sind. Daß das die gesammte Geschäftswelt auf dem Harz in Mitleidenschaft zieht, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Noth ist groß, die Aussichten für den Winter sind traurige. Von der Trostlosigkeit ergriffen, erschien vor einigen Tagen die Mehrzahl dieser binnen 14 Tagen brotlos werdenden Berg- und Hüttenarbeiter vor der Kreisdirektion, um dieser ihre traurige Lage vorzustellen und die Regierung um Vermittlung oder um andere Arbeit zu bitten. Eine aus dem Schlosser Nebe aus Blankenburg und den Bergarbeitern Günther und Schneider aus Hüttenrode bestehende Deputation wurde vom Kreisdirektor Dr. Breithaupt empfangen und erhielt, der „Harzstz.“ zufolge, von diesem, da der herbeigerufene Direktor der „Harzer Werke“ den Beschluß des Aufsichtsrathes als unumstößlich bezeichnete, wenigstens die Zusicherung, daß er dem Minister in Braunschweig über die Lage berichten und nach Kräften sich bemühen werde, daß die gekündigten Berg- und Hüttenarbeiter anderweitige Beschäftigung bei den zu erhoffenden Bahnarbeiten, bei der Forst- und Wegebauverwaltung erhalten. Die erhaltene Zusicherung ist äußerst trostlos ausgefallen: denn bis die gekündigten Arbeiter bei den zu erhoffenden Bahnbauten Beschäftigung erhalten werden, bis dahin können sie schon sehr leicht den Hungertod gestorben sein. — Das Ministerium wird allen Anlaß haben, hier einzuzugreifen und die brotlos gewordenen Arbeiter vor äußerster Noth und Verzweiflung zu retten. Das vermag die privatkapitalistische Produktionsordnung: die Arbeiter zur Anhäufung von Kapitalien auszunutzen, um sie gegebenen Falles dann einfach auf die Straße zu werfen. Hier zeigt sich so deutlich, wie unhaltbar diese Ordnung ist.

Eine vereinzelt Maßregel gegen die Kartelle ist zu registriren. Die dem deutschen Buchhändler-Börseverein angehörenden Verleger haben ein Abkommen getroffen, wonach sie Sortiment-Buchhändlern, welche einen größeren, als den gebräuchlichen Rabatt gewähren, ihren Verlag sperren. Eine solche Sperre war über die Firma Vippins u. Tischler in Kiel wegen „Schleuderei“ verhängt worden. Auf die Anzeige der Firma hat nun, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, die Staatsanwaltschaft zu Kiel gegen den Vorsteher des Börsevereins, Buchhändler Dr. Ed. Brochhaus in Leipzig das Strafverfahren wegen Erpressungsverfuches eröffnet. Der Erfolg dieser Anklage bleibt abzuwarten.

Herrlich ist's Soldatenleben. Ueber ganz merkwürdige Erfahrungen, die zu einer Reservübung einberufene Mannschaften über die „Schönheiten“ des Soldatenlebens gemacht haben, berichtet die Frankfurter „Volksstimme“:

„Auf dem Marsche von Ober-Ramstadt bis Dieburg brachen wohl über ein Duzend Mann, theils von Erschöpfung, theils wegen milder Hitze zusammen. Auf dem Halteplatz sagte ein Premierleutnant wörtlich zu seiner Mannschaft: „Jeder, der auf dem Marsche schlapp wird und austritt, erhält drei Tage Arrest; jeder marschirt so lange in der Kolonne, bis er zusammenbricht; denn wer sich noch bis zum Chausseegraben

schleppen kann, der kann auch weiter marschiren, oder er meldet es einem Offizier!“ Lehteren Befehl befolgte ein Reservist, der total erschöpft war; er hatte starken Brustschmerz, Erbrechen und zwischen den Schenkeln sich wund (einen „Wolff“) gelaufen. Auf seine Meldung wurde der Mann aber mit den Schmeichelnamen: „Schlappsch“, „Drückbecker“ u. s. w. angefahren. „Scheeren Sie sich in's Gieß; wenn Sie jetzt nicht mitkommen, können Sie allein erst recht nicht mit!“ Der Mann schleppte sich denn auch wirklich mit der größten Ueberwindung bis auf den Halteplatz, wo er völlig entkräftet, wie ein Saak zu Boden fiel. — Am letzten Uebungstage war Feldmarschallmähiger „Spaziergang“ von Dieburg nach Babenhäusen, von da nach kurzer Rast genau denselben Weg (etwa 4 Stunden) wieder zurück; dann — über Stock und Stein — ins Gieß! In diesem Tage fielen wieder mehrere Leute, darunter einer, der Tags zuvor aus dem Lazareth entlassen war; derselbe hatte Krämpfe und Erbrechen; in bewußtlosem Zustande wurde er nach Groß-Rimmern in sein Quartier und ins Bett gebracht. Abends beim Appell war derselbe natürlich nicht anwesend. Der Premierleutnant fragte, wo der Mann sei; auf die Antwort: „im Bett“, stellte er weiter die Frage: „Lebt der Mann noch?“ (!) — Antwort: „Ja! — „Dann muß der Mann auch hier sein; ich muß ihn mit Arrest bestrafen!“ — Bei der ganzen Behandlung, die ich es darauf abgesehen, Versuche anzustellen, wieviel wohl eine Reservemannschaft bis zum Ausharren zu ertragen vermag; denn das 4. Bataillon des 115. Regiments bestand fast nur aus Reservisten. Vermuthlich werden die Weisten, welche die Strapazen glücklich überstanden haben, die schlimmen Nachwirkungen noch empfinden. — Eine „herrliche“ Einrichtung!

Zur neuesten Polenfrage wird besonders die Rede, welche der bekannte Herr von Koscielsky (Admiral) kürzlich in Lemberg gehalten hat, commentirt. Herr von Koscielsky galt bekanntlich als ein besonderer Günstling am Berliner Hofe und man weiß nun seine jüngste Polenrede nicht recht zu reimen mit seiner bisherigen Haltung. Ein nationalliberales Blatt weiß das Räthsel zu lösen. Es schreibt: „Jeder, der in der Provinz Posen längere Zeit gelebt und mit Polen nähere Berührungen gehabt hat, weiß, daß der große polnische Nationalfeind die Lüge ist. Sie lügen alle, vom schlichten Tagelöhner an bis zum höchstgestellten Manne — oft ohne ersichtlichen Grund — wie viel mehr ist, wenn es sich um die Erringung politischer Ziele handelt.“ Das ist die bekannte „Versöhnungspolitik“ der Nationalliberalen.

Der spätere Schutz der Arbeiterinnen soll noch weiter verewässert werden. Bekanntlich dürfen Arbeiterinnen über 16 Jahre täglich 11 Stunden (Sonnabends 10) innerhalb der Zeit von 5 1/2 Uhr Morgens bis 9 1/2 Uhr Abends beschäftigt werden. Jetzt beantragt Preußen beim Bundesrath, für Meiereien die Arbeitszeit während des Sommerhalbjahres innerhalb der Zeit von Morgens 4 bis Abends 11 Uhr zuzulassen. Da der Bundesrath auch eine Verlängerung der Arbeitszeit bis auf 13 Stunden zulassen kann, so bieten sich treffliche Aussichten für die unbeschränkte Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Natürlich sind die nothleidenden Meiereibesitzer gesehretreue Männer und gute Christen.

Gegen Schulkinder soll nun sogar der Universal-Paragraph des Strafgesetzbuches, der Grobe-Unfugs-Paragraph, angewendet werden, natürlich im „hellen“ Sachsen. Der Polizeibericht von Dresden enthielt folgende Notiz:

„Anläßlich wurde Klage darüber geführt, daß zwischen einer großen Anzahl mit Stangen und Stöcken bewaffneten Schulknaben auf den Wiesen zwischen der Fürsten- und Litzmannstraße fast täglich regelrechte Schlägereien stattfänden, die sich oftmals bis in die umliegenden Straßen und Häuser erstreckten und wobei mit Steinen Fensterheben eingeworfen worden seien. Die polizeilichen Erörterungen ergaben, daß ungefähr 50 Schulknaben an diesem die dortigen Bewohner belästigenden wilden Treiben theilhaftig waren, von denen 41 Knaben ermittelt und wegen Verübung groben Unfugs zur Anzeige gebracht worden sind.“

Hiernach hat es den Anschein, als ob man die Kinder für ihre Unart thatsächlich polizeilich oder gerichtlich abstrafen lassen will, anstatt dies einfach der Schule oder den Eltern zu überlassen. Wenn dann nicht die zukünftigen „Sächser“ Mucker werden, begreifen wir es nicht.

Für die deutsche Eisen- und Maschinenausfuhr nach Rußland ergibt sich seit Inkrafttreten des deutsch-russischen Handelsvertrages bereits aus den letzten Monatsnachweisen der Handelsstatistik ziffernmäßig ein erheblicher Aufschwung. Ein Vergleich der deutschen Ausfuhr in den sieben Hauptartikeln: Eß- und Winkelseisen, Stabeisen, Platten und Bleche, grobe Eisenwaaren, und in Maschinen, während des Zeitraums vom April bis Ende August mit der Ausfuhr früherer Jahre zeigt folgende Entwicklung:

1889	288,617	Doppelctr.
1890	284,664	„
1891	303,214	„
1892	242,925	„
1893	462,474	„
1894	915,805	„

Im Vergleich zu der durchschnittlichen Ausfuhr in den Monaten April bis August während der vorausgegangenen fünf Jahre hat sich demnach im laufenden Jahre dieser Theil der deutschen Ausfuhr nach Rußland ungefähr verdreifacht. Die Zunahme, welche auch das Jahr 1893 gegen frühere Jahre aufweist, ist darauf zurückzuführen, daß im vorigen Jahre vor Inkrafttreten der russischen Kampfzölle noch schnell außerordentliche Lieferungen erledigt wurden; dieser Zunahme mußte nothwendig ein um so stärkerer Rückgang des Abzuges folgen.

Belgien. Wer macht die Anarchisten? In der „Voss. Ztg.“ findet sich folgende Notiz:

Brüssel. Ueber den vielgenannten russischen Baron von Sternberg wird allmählich einiges Licht verbreitet. Dem katholischen Brüsseler „Patriote“, dessen nahe Beziehungen zu den Regierungskreisen bekannt sind, wird aus Lüttich „von gut unterrichteter Seite her“ geschrieben, daß der Baron in der That ein geheimer Agent war, aber seine Anweisungen überschritten hat.“ Er erhielt fort-

dauernd in Lüttich „auf fast antliche Weise“ ansehnliche Geldsendungen; einzelne Anweisungen lauteten auf 500 Rubel. Da an seine Auslieferung nicht zu denken ist, so wird der Lütticher Untersuchungsrichter Seny nach Petersburg reisen müssen, um die Aussagen des Barons zu hören und damit die Untersuchung gegen die Lütticher Anarchisten abzuschließen.

Er hat „seine Anweisungen überschritten“. Das sagte bekanntlich auch Buttamer von seinen „Nichtgentlemen“. Und wer bürgt denn dafür, daß nicht auch verschiedene der in Frankreich geköpften „Anarchisten“ bloß „ihre Anweisungen überschritten“ haben — z. B. Herr Bailant, der Hauptheld der „Anarchisten“, dessen dauernde Beziehungen zur Polizei absolut zweifellos sind? Jedenfalls ist durch Sternberg wieder einmal der Beweis geliefert, daß Regierungen es sind, welche, in ihrem reaktionären Interesse, „Anarchisten“ und „Attentate“ systematisch züchten. Betreffs des Ungern-Sternberg stehen, nach dem „Vorwärts“, noch weitere Enthüllungen bevor. Alles Belastungsmaterial haben seine Beschützer nicht aus dem Weg schaffen können.

Von einer neuen Spitzel-Affäre, deren Schauplatz Nivelles ist, ist viel die Rede. Im dortigen Bezirk machte seit einiger Zeit im Wahlkampf ein gewisser Nerts unter den Arbeitern und Kleinbürgern Propaganda gegen die Liberalen unter sorgfältiger Schonung der Klerikalen. Er hat nun dieser Tage einen Brief verloren, in dem er zum Minister Burnet eingeladen wird, und auf Grund dieses Briefes wird er beschuldigt, von der Regierung bezahlt zu sein, um die Wahlgeschäfte der Klerikalen zu fördern. Die Klerikalen Blätter behaupten, Nerts habe nur in einer persönlichen Angelegenheit um eine Audienz beim Minister gebeten und habe durch dessen Rabinetsdirector die übliche Mittheilung erhalten, wann der Minister zu sprechen sei. Der „Peuple“ erklärt dazu, Nerts habe früher zu den Sozialdemokraten gehört, diese hätten aber längst alle Verbindungen mit ihm abgebrochen.

Bulgarien.

Preskorrption. „Strascha“ („Die Wacht“), eine neue bulgarische Zeitschrift, bringt in der ersten Nummer (vom 28. August griechischen Datums, respektive 9. September 1894) einen interessanten Artikel: „Auf daß man es weiß“. Ziffernmäßig wird darin nachgewiesen, was dem bulgarischen Volke die Herrschaft Stambulow's gekostet hat und warum Europa eine so gute Meinung von dem Manne hatte, der das Volk unterdrückte und beraubte, und die Töchter der friedlichen Bürger nothzuchtigte, die „freien“ Wahlen veranstaltete, die Gesetze mit Füßen trat, das Gewissen des Gerichts vergewaltigte, und warum die ganze „freisinnige Presse von Europa den Mann beweihräuchte, ihn — den „Räuber“ Stambulow! Warum die Presse Stambulow lobte, geht aus Folgendem hervor. Vom Jahre 1888 an bekamen:

	für ein Jahr	für sechs Jahre
„La Revue de l'Orient“	12,000	72,000
„Noue Freie Presse“ (Wisp.)	12,000	72,000
„Le Revue Diplomatique“	6,000	36,000
„L'Economiste international“	6,000	36,000
„Le Levante Herald“	4,000	24,000
„Agence Balenique“	60,000	360,000

Das ist der „Freisinn“ der Blätter, die einen Professionräuber lobten, die heiligsten Gefühle eines Volkes beleidigten, eines armen Volkes, aus dessen Taschen sie über eine halbe Million Franken raubten. In derselben Nummer befindet sich auch eine Notiz über den Freisinn bulgarischer Blätter: „Svoboda“ (Stambulow's Leibjournal) bekam im Laufe von acht Jahren aus der Staatskasse 480,000 Franken, „Plowdiw“ (Philippopol) für sieben Jahre 42,000 Franken und „Balkanska Zora“ („Die Balkan-Morgenröthe“) für zwei Jahre 12,000 Fr., d. h. im Ganzen 534,000 Franken. Man wird sich jetzt auch erklären können, warum die freisinnigen Zeitungen in Deutschland stets des Lobes voll über Stambulow waren. Ihre Korrespondenten saßen eben auch mit am Futtertrog.

Rußland.

Ein Hochverrathprozess ist in Wien vor dem Kriegsgericht kürzlich gegen 38 Personen verhandelt worden. Dieselben waren angeklagt, im Jahre 1892 vom Kiewer Stabe einen Dislokationsplan russischer Truppen zu Gunsten Oesterreichs entwendet und sich verpflichtet zu haben, für 50 000 Rubel den Fortifikationsplan Warschaws zu liefern. Der Hauptangeklagte, frühere Stabsoffizier Kwiatkowski, wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien, 26 andere Angeklagte zu Zwangsarbeiten von 2 bis 20 Jahren, acht zur Deportation nach Sibirien, zwei Angeklagte zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt, einer freigesprochen. Die Angeklagten waren zwei Jahre in Untersuchungshaft.

Amerika.

Vieder ohne Worte sind eine europäische, Steckbriefe ohne Worte eine amerikanische Erfindung. Nicht die Obrigkeit wendet sie an, denn die ist, abgesehen von gelegentlicher Heuchelei, im Allgemeinen doch noch ehrlich und geradeaus. Die Steckbriefe ohne Worte werden von amerikanischen Eisenbahnen gebraucht gegen Arbeiter und Angeestellte, die an einem Streik theilgenommen haben. Wer bei einer Eisenbahngesellschaft um Anstellung nachsucht, wird über die Gründe seiner Entlassung aus seiner früheren Stellung gefragt und nach seinen Zeugnissen. Vielleicht weist ein Arbeiter ein recht günstiges Zeugniß vor und wird trotzdem abgewiesen. Warum? Auf dem Zeugniß befand sich ein Steckbrief ohne Worte, ein Wasserzeichen, das die Figur eines Kranch's hat.

Wenn der Kranich vollständig ist, so ist das Zeugniß gut und der Mann gut, fehlt dem Kranich der Kopf, so bedeutet das, daß der Inhaber des Zeugnisses an einem Streik theilgenommen hat und ein verdächtiges Subjekt ist. Keine Eisenbahngesellschaft nimmt ihn wieder an. Schade, daß der kopflose Kranich entdeckt worden ist, denn nun kostet's neuen Scharfsinn, ein anderes Proskriptionsverfahren zu entdecken. Dergleichen kommt übrigens auch anderswo vor.

Lübeck und Umgegend.

2. Oktober.

Das Gesetz zum Schutze der Waarenbestimmungen vom 12. Mai 1894, ist gestern, am 1. Oktober, in Kraft getreten. Das Gesetz bringt einen Fortschritt auf dem Gebiete des gewerblichen Schutzes, indem es dem Verkäufer und Hersteller einer bestimmten Waare die Möglichkeit gewährt, sich die Ausnutzung eines erlangten Renommées zu sichern. Diesen Schutz gewährt das Gesetz in erweiterter Form als das bisherige Markenchutzgesetz vom 30. November 1874, das es nach zwanzigjähriger Wirksamkeit ablösen wird. Der Schutz erstreckt sich mit wenigen Ausnahmen (Freizeichen, Staatswappen etc.) über sämtliche Waarenzeichen und zwar auch dann, wenn diese in Zahlen, Wörtern oder Buchstaben bestehen. Erweitert ist der Schutz ferner dahin, daß er sich auch auf die Ausstattungen, auf Anklindigungen, Preislisten, Geschäftsbriefe, Empfehlungen, Rechnungen u. s. w. bezieht. Wichtige Aenderungen bringt das neue Gesetz auch im Verfahren. Bisher geschah die Eintragung der Waarenzeichen in das Handelsregister; berechtigt zum Antrag war nur der Geschäftsmann, dessen Firma in das Handelsregister eingetragen worden war. Künftig ist Jedermann berechtigt, sich Waarenzeichen schützen zu lassen und zwar geschieht die Anmeldung beim Patentamt in Berlin, das als Centralstelle dient. Ebenso ist ein Vorprüfungsverfahren eingeführt, durch das die doppelte Eintragung gleicher Zeichen vermieden werden soll. In Abweichung von dem früheren Verfahren wird künftig vor dem Erlöschen eingetragener Zeichen dem Inhaber Mitteilung gemacht. Auf die nach dem alten Gesetz geschützten Zeichen finden die Bestimmungen jenes Gesetzes noch bis zum 1. Oktober 1898 Anwendung, in welcher Zeit die Eintragung in die Zeichenrolle nach dem neuen Gesetz erfolgen muß. Neu ist ferner die Bestimmung, daß ausländische Waaren bei ihrer Einfuhr konfiskiert werden können, sobald sie widerrechtlich mit einer deutschen Firma und Ortsbezeichnung oder mit einem eingetragenen Waarenzeichen versehen sind. Es steht zu hoffen, daß das neue Gesetz, das einem vorhandenen Bedürfnis entspricht, sich noch segensreicher als das alte erweist.

Verlesene Testamente. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts, Abtheilung I, ist das Testament des hieselbst verstorbenen Segelmachers Johann Heinrich Daniel Wohlers vom 7. August 1884 verlesen worden.

Eintragungen in das Handelsregister. Am 1. October 1894 ist eingetragen: auf Blatt 1736 bei der Firma T. H. Schöning die Firma ist erloschen; auf Blatt 1887 die Firma Carl Marx & Co., Ort der Niederlassung: Lübeck, Inhaber Carl Max Goltz, Kaufmann in Hamburg; auf Blatt 1788 die Firma: Johs. Heinrich Fehling, Ort der Niederlassung: Lübeck, Inhaber Joh. hannes Heinrich Fehling, Kaufmann in Lübeck; auf Blatt 232 bei der Firma E. S. Elers; die Firma ist erloschen, das Geschäft ist ohne die Firma auf die Blatt 1789 eingetragene Firma E. S. Elers Nachfolger übergegangen; auf Blatt 1789 die Firma E. S. Elers Nachfolger, Ort der Niederlassung: Lübeck, Inhaber 1) Julius Christian Heinrich Steen, Kaufmann in Lübeck, 2) Johannes Heinrich Hans Frenthagen, Kaufmann in Lübeck; offene Handelsgesellschaft seit dem 29. September 1894. Das Geschäft ist bisher unter der Blatt 232 eingetragenen, jetzt erloschenen Firma E. S. Elers geführt.

Die **Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts** befindet sich von jetzt ab im Gerichtshause, Mengstraße 29, im Zimmer Nr. 6, (Erdschoß, Hofseite).

Halbstündige Lektionen für Schulkinder. Im neuesten Heft der Halbmonatschrift „Vom Fels zum Meer“ befragt der Frankfurter Lehrer W. Zimmermann in einem Aufsatz, „über die geistige Ermüdung unserer Schulkinder“ die Einführung halbstündiger Lektionen. Kinder von 7—8 Jahren haben an 30 Minuten ununterbrochener Unterrichtszeit genug, sie vermögen dem längeren Unterricht nicht zu folgen, der Lehrer erreicht mindestens denselben Lehrwerth bei 6 halbstündigen wie bei 4 ganztägigen Lektionen. Zimmermann beruft sich auf Verze von dem Range der Professoren Kräpelin = Jena, Freyer = Berlin und Kollmann = Basel, die den Vorschlag halbstündiger Lektionen warm befürworten.

Das **Scala-Orchester aus Mailand**, welches Donnerstag Abend im Colosseum ein Konzert giebt, trifft Mittwoch Nacht 12 Uhr von Königsberg hier ein. Infolge des großen Erfolges, welchen es in Königsberg erntete, mußte das Konzert in Königsberg wiederholt werden.

Der **Athletenklub „Hektor“** feierte an diesem Sonntag sein viertes Stiftungsfest in der Hanja-Halle, bestehend in Aufführungen und Ball. Ein zahlreiches Publikum hatte sich zu dem Feste eingefunden und verlief letzteres in gemüthlicher Weise. Der Club zählt eine große Zahl aktiver Mitglieder, unter denen sich hervorragende „Kräfte“ befinden. Die Athleten Kleinfeld und Schmcke wußten namentlich durch ihre Kraftproduktionen Aufsehen zu erregen und ernteten reichen Beifall. Es folgte nach der gut gelungenen Vorstellung eine Laternenpolonaise, an der sich 180 Paare beteiligten. Zu erwähnen ist noch, daß der Athletenklub „Germania“, St. Lorenz, einen prachtvollen Vorbeerfranz gewidmet hatte, der dem Präses, Kleinfeld, gestiftet wurde.

Neue Gewerbe sind in den Monaten Juli, August und September angemeldet; 55 derselben befinden sich in den Händen Staatsangehöriger, 95 in denen von Nicht-Staatsangehörigen. Von den einzelnen Gewerben wurden gemeldet: Metzger 3, Agenten 5, Annoncen-Expeditionen 1, Architekt und Bauunternehmer 1, Bäcker 1, Bankiers 1, Barbier und Friseur 3, Bierhändler 5, Bleicher 1, Blumenmachereien 1, Brot, Bad- und Anderwaarenhändler 1, Cigarrenhändler 1, Cigarrenmacher 2, Conditoren 2, Confectionäre 1, Delikatessenhändler 1, Fahrzeughändler 1, Fettwaaren- und Bierhändler 1, Feuerungsmaterialienhändler 1, Flaschenhändler 4, Feucht- und Grünwaarenhändler 4, Gast- und Schankwirth 4, Gesinde-Vermiether 3, Graveure 1, Gypsfigurenhändler 3, Gypsfigurenmacher 1, Handelsleute 13, Hebammen 3, Hölzer 8, Holzpantoffelmacher 1, Kammerjäger 2, Kaufmannen 1, Kaufleute 24, Krämer 5, Leihhornoperateure 1, Maler 3, Masseure 1, Maurer und Bauunternehmer 2, Metallwaarenfabrikanten 1, Obsthändler 3, Optiker und Mechaniker 1, Produktenhändler 1, Putzwaarenhändlerinnen 1, Ränderer und Hölzer 1, Schankwirth 4, Schlachter 3, Schneiderinnen 2, Schuhmacher 4, Speisewirthinnen und Bierhändlerinnen 2, Steinseher 1, Stellenvermittler 1, Stellmacher 1, Tapeziere 1, Töpfer 1, Uhrmacher 1, Wagen- und Hufschmied 1, Weiß- und Wollwaarenhändler 2, Wild-, Geflügel- und Eierhändler 1.

Eine neue Auflage von **Hüstrower Streikbrechern** befindet sich seit Sonntag in Lübeck, um bei der Viehmarkthalle zu montiren. Sonntag ist der Arbeiter Carl Ladewig hierher abgereist und gestern ist ihm als würdiger Gefährte der Arbeiter Albert Kummerfeld gefolgt. Das ehrenwerthe Kleblatt besteht jetzt aus diesen beiden mit dem schon früher genannten Kfg. Arbeiter, merkt diese Namen!

Selbstmord. Durch Erhängen machte in der vorigen Woche die Wwe. Stapelfeld, Lederstraße 6, ihrem Leben ein Ende. Die That wurde jedenfalls infolge Geistesgestörtheit vollführt.

Dem **Zwangsarbeitshause** wurden von der Landespolizei-Vehörde im Monat September 9 Personen, sämmtlich wegen Bettelns, überwiesen. Die Strafen beliefen sich auf 6 bis 24 Monate. Das höchste Strafmaß erhielten 3 Personen zudiktirt, das niedrigste nur 2 Personen. Die anderen erhielten je 12 Monate. An Gewerben waren betheiligte: 2 Arbeiter, je 1 Former, Tischler, Kommiss, Schmied, Kuchnecht, Zimmermann, Schuhmacher.

Öffentliche Parteiverammlung. Eine öffentliche sozialdemokratische Parteiverammlung fand gestern Abend im Siedrich'schen Lokale statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1894; 2. der diesjährige Parteitag in Frankfurt a. M. und Stellungnahme von den Anträgen zu demselben; 3. Delegirtenwahl. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wird von dem Gen. Pape die Abrechnung verlesen, und sodann Revisionen zur Prüfung derselben gewährt. Hierauf wird zum 2. Punkt der Tagesordnung, der diesjährige Parteitag, übergegangen. Zunächst führt hierzu Gen. Schwarz aus, daß im vorigen Jahre beschlossen sei, den Parteitag in Künzberg abzuhalten. Hieron mußte jedoch Abstand genommen werden, weil nach dem Bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetz Frauen an den Verhandlungen nicht theilnehmen dürfen; der Parteitag sei daher nach Frankfurt a. M. verlegt. Auf dem diesjährigen Parteitage wird nun jedenfalls das Verhalten der Bayerischen Landtagsabgeordneten zur Sprache gebracht werden, und glaubt Medner, daß man hier wohl der Fraktion den Auftrag geben werde, den verschiedenen Landtagsabgeordneten eine Direktive zu erteilen, damit es nicht wieder vorkomme, daß sich die Landtagsabgeordneten mit der Fraktion, oder gar mit den Prinzipien der Partei durch ihre Handlungen in Widerspruch setzen. Ferner sei die Stellung zum 1. Mai eine wichtige Frage; auch hierüber müsse man sich klar werden. Von sehr großer Bedeutung sei ferner der Punkt, welcher sich mit der Agrarfrage beschäftigt. Die Landtagitation nehme an Umfang immer zu, und es sei notwendig, Fingerzeige zu geben, um dieselbe in einheitliche Bahnen zu lenken. Ebenso wichtig sei der Punkt über städtische Ringe und Traktat. Auch hier müsse man sich klar werden, welche Stellung die Partei dazu einnehme. Es sei heute nicht nur mit den Kartellen insofern zu rechnen, als sie den Arbeitsmarkt befriedigen und den Arbeiter nach Kräften auszubilden suchen, sondern es komme heute schon in Betracht, daß der Unternehmer den Unternehmer, der Kapitalist den Kapitalisten verdrängt. Wenn dies auch für uns ein stetes Näherwerden unseres Zieles bedeute, so sei doch notwendig, fortwährend für die Arbeiter günstige Positionen zu juchen. Ueber die Berichte des Parteivorstandes und der Controlenre könne man heute noch nichts sagen, da dieselben noch gar nicht vorliegen. Ob zum Programm oder zur Organisation Anträge gestellt worden seien, sei Sache der Versammlung und werde sich aus der Diskussion ergeben. Genosse Friedrich schließt sich im Großen und Ganzen den Ausführungen von Schwarz an. Er ist in Bezug auf die Landtagitation der Ansicht, daß man darnach trachten müsse, den Landarbeitern den Industriearbeitern gleichzustellen. Es sei daher die Beseitigung der Gestuordnung mit allen Mitteln zu erstreben. Ferner sei darnach zu trachten, die Landarbeiter unter die Gewerbeordnung zu stellen und für sie Gewerbegerichte einzurichten. Bezüglich der Parteiverhältnisse sei in Baden unter unseren Landtagsabgeordneten ein Zwiespalt eingerissen; namentlich scheint es der Abgeordnete Stegmüller zu sein, welcher einen Fehler begangen habe; doch könne man hierüber wenig urtheilen, weil man nicht mit den dortigen Verhältnissen so genau vertraut ist. So viel sei aber sicher, wenn sich auf dem Parteitage herausstelle, daß Stegmüller mit den Prinzipien der Partei sich in Widerspruch gesetzt habe, so muß ihn der Parteitag anheimgelassen, sein Mandat im badischen Landtage nieder zu legen. Ein viel besrittener Punkt in unserm Programm sei auch der 6. Punkt, welcher die Stellung der Partei zur Religion klarlege. Er halte indessen den Punkt für sehr gut gefaßt, und werde auch einen diesbezüglichen Antrag stellen. Eine weitere wichtige Frage die auch jedenfalls auf dem Parteitage zur Sprache kommen werde, sei die reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungswesens. Vom Medner wird beantragt, folgende Anträge auf dem Parteitage zu stellen: 1. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, im Reichstage folgenden Antrag zu stellen: 1. daß die ländlichen Arbeiter unter die Gewerbeordnung gestellt werden; 2. daß für die ländliche Bevölkerung Gewerbegerichte errichtet werden. 2. Den Punkt 6 des Erfurter Programms so zu belassen, wie er seiner Zeit auf denselben gefaßt wurde. Ferner glaubt Genosse Friedrich, daß auch das Fabrikinspektorat mit allen seinen Auswüchsen zur Verhandlung kommen müsse. Genosse Bartels ist mit den Ausführungen beider Vorredner einverstanden. In Sachen der Religion ist er ebenfalls der Ansicht, daß diese in demselben Maße fallen werde, wie sich das Wissen des Arbeiters steigere. Was die Agrarverhältnisse anbetrifft, so sei hier nötig, daß für die Landtagitation Material geschaffen würde, durch welches man dem Kleinbauern beweisen könne, wie der Großgrundbesitz das Kleinbauernthum aufsaugt. So z. B. habe man einen Beweis an dem Heren v. Frege. Um solches Material aber zu erhalten, beantragt er, auf dem Parteitage einen Antrag dahin zu stellen: Der Letztere möge die Fraktion veranlassen, im Reichstage einen Antrag zu stellen, durch welchen die Regierung veranlaßt wird, von 5 zu 5 Jahren eine Statistik der ländlichen Betriebe aufzunehmen, um unzweifelhafte Beweise zu erlangen, in welcher Weise

auf dem Landgebiete die Konzentration des Kapitals sich vollzieht. Der Genosse Schwarz führt noch aus, daß der Parteitag jedenfalls auch Stellung zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungswesens nehmen werde. Wenn man früher von einer diesbezüglichen Initiative von Seiten der Fraktion abgesehen habe, so habe man es gethan, um den Bundesstaaten, welche noch keine Vereins- und Versammlungsgesetze hätten, ihre Position nicht zu verschlechtern. Man habe aber jetzt doch mit dem Umstande zu rechnen, daß, wenn das Vereins- und Versammlungsgesetz durch Reichsgesetz geregelt sei, sich einzelne Landesbehörden nicht solche Uebergriffe erlauben könnten, wie dies z. B. jetzt in Sachsen der Fall sei. Die Arbeiter seien mit dem Sozialistengesetz fertig geworden, sie werden daher auch mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz als Reichsgesetz fertig zu werden wissen. Nachdem noch Genosse Karl Meier sich im Sinne der Vorredner ausgesprochen hat, werden die gestellten 8 Anträge angenommen. Ferner wird beschloffen, von Lübeck nur einen Delegirten zu entsenden. Als Delegirter wird der Genosse Schwarz gewählt. Genosse Carl Meier erstattet sodann als Revisor Bericht. Raffe und Wäcker sind in Ordnung befunden; er beantragt daher, dem Vertrauensleuten Decharge zu erteilen. Desgleichen beantragt er, 200 Mk. an den Parteivorstand abzulassen. Beide Anträge werden angenommen. Von dem Genossen Fröh Meyer wird beantragt, dem Wahlfonds 400 Mk. zu überweisen. Auch dieser Antrag wird angenommen. Genosse Gustav Meyer theilt der Versammlung mit, daß Herr Lange bei ihm gewesen sei und sich über den Beschluß, daß ihm in öffentlicher Volksversammlung das Wort nicht mehr erteilt werden soll, beschwert habe. Er selbst habe die Ansicht, als wenn dieser Beschluß nicht ganz gerecht sei. Auch sei ihm dies von mehreren älteren Parteigenossen gesagt worden. Lange habe ihm gebeten, für die Umstößung dieses Beschlusses einzutreten. Genosse Th. Schwarz spricht sich dagegen aus. Genosse August Schwarz ist für die Umstößung desselben. Nachdem noch einige Medner für und gegen gesprochen haben, wird von dem Gen. Bartels zur Geschäftsordnung beantragt: Uebergang zur Tagesordnung. Der Antrag wird angenommen. Nachdem noch Genosse Bartels alle diejenigen, welche sich an einem neu zu beginnenden Stenographiekurs betheiligen wollen, ersucht hat, sich am Dienstag Abend im Berliner Hof einzufinden, wird die Versammlung von dem Genossen Pape geschlossen.

Kiel. Der Torpedo, welcher am 18. August im Hafen bei Bockbrook verloren gegangen ist, ist nach amtlicher Mittheilung des Staatskommandos, aufgefunden und entfernt worden. Die ausgelegten Warnungszeichen sind eingezogen worden; das betreffende Hafengebiet ist für den Verkehr wieder freigegeben.

Stadttheater.

Margarethe. Zu den vom Publikum stets gern gesehenen Opern gehört unbedingt die Gounod'sche „Margarethe“. Zum Theil liegt es wohl daran, daß der Text dem Goethe'schen Faust entlehnt und die Faustsage mit dem deutschen Volke eng verknüpft ist. Herr Brach (Faust), der zwar mit unverkennbarem Eifer sich in die Rolle vertieft hatte, konnte uns mit seinem Gesange nicht so befriedigen. Schon im „Lohengrin“ hatten wir die Wahrnehmung gemacht, daß Herr Brach zwar über einen sehr kräftigen Tenor verfügt, der jedoch in den Höhenlagen durchaus nicht ausreicht. Der Mephisto des Herrn Freibier zeigte in der Darstellung einen entschiedenen Fortschritt gegen seinen König im „Lohengrin“. Regen Beifall errang sich Fr. v. Tergow mit ihrer Margarethe. Die „Schmuckarie“ gelang ihr vorzüglich. Herr Wunschmann, der über ein unverkennbares Talent, sowohl in gefanglicher wie darstellerischer Hinsicht verfügt, konnte mit seinem „Valentin“ durchaus befriedigen. Mit Siebel fand sich Fr. Wehl in anerkennenswerther Weise ab. Zum ersten Male hatten wir Gelegenheit, als Martha, unsere neue Altistin zu sehen. Allem Anschein nach verfügt Fr. Norden über einen wohlklingenden Alt. Die Chöre setzten eract ein und befriedigten auch sonst in jeder Hinsicht. Die Inszenirung der Oper war gut.

Briefkasten.

August Dr. Innerhalb sechs Monaten können Sie dieselben zurückerlangen

F. D. Unsere Zeitungsfronen verrichten keine Arbeit für das von Ihnen genannte Blatt. Für das Verlegen von Empfehlungen wird extra bezahlt. Wir können nun doch nicht dafür, wenn dieselben bei uns nicht gedruckt werden. Wenn Sie bei allen Ihren Einkäufen sich auf unser Blatt berufen, so dürfte auch dieser Umstand vielleicht verschwinden. Mauder unserer Leser scheint überhaupt allzu wenig Gewicht darauf zu legen, obwohl er doch bedenken sollte, daß jede Annonce u. s. w. von ihm mit bezahlt werden muß, sobald er seine Einkäufe in den betr. Geschäften besorgt.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 1. Oktober.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeführt wurden 1830 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verandtschweine schwere 52—55 Mk., leichte 49—51 Mk., Sauen 38—46 Mk. und Ferkel 47—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelkommen:

Montag, den 1. Oktober.

9,30 U. B. Ocean, Haglund, von Rißb in 8 Tg.
12,05 U. N. D. Deutschland, Steffen, von Riga in 48 Std.
3— U. N. Amalie, Peterfen, von Haska in 2 Tg.
6— U. N. D. Kolga, Svedberg, von Sundsvall in 52 Std.
9,10 U. N. D. Fehr Brahe, Bergman, von Haugb in 54 Std.
9,20 U. N. D. Storkurt n, Ahnger, von Helsingfors in 59 Std.

Dienstag, den 2. Oktober.

5,30 U. B. D. Galland, Petersson, von Kopenhagen in 12 Std.
6,20 U. B. D. Trave, Meislath, von St. Petersburg in 90 Std.
7,40 U. B. Sinal, Karllon, von Nysski in 8 Tg.
7,40 U. B. Johannes, Mander, von Hull in 12 Tg.
8,10 U. B. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.

Abgegangen:

Montag, den 1. Oktober.

7— U. N. D. Najaden, Gulken, nach Kopenhagen.
Dienstag, den 2. Oktober.
7,40 U. B. Louise Julie, Adam, nach Burg.
7,40 U. B. Kalifornien, Rahn, nach Svendsborg.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vor- 6 1/2 DSD., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Europa ist am 30. v. M. in Kronstadt angekommen.
D. Stadt Lübeck ist am 1. v. M. von Remel auf hier abgegangen.
D. Helix ist am 1. v. M. von Kronstadt nach Reval abgegangen.
D. Stella ist am 1. v. M. in Stockholm angekommen.
D. Wiborg ist am 1. v. M. in Stockholm angekommen.
D. Gitta ist am 1. v. M. von Karlskrona auf hier abgegangen.

Heute Abend 6 Uhr

Gröffnung

Berliner Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik

HUGO BERJU,

Lübeck, 79 Breitestrasse 79.

Nur Neuheiten der Herbst- und Winter-Faison vom billigsten bis zum elegantesten Genre zu festen billigsten Fabrikpreisen.

Familien-Nachrichten.

Durch die Geburt eines Mädchens wurden hoch erfreut. J. Freitag u. Frau, geb. Greve.

Geschäfts-Anzeigen.

Rheumatismus-Watte Packet 30, 50 und 100 Pf.

Ferd. Kayser, Drogen u. Farben, Breitestrasse 81.

Im Verlage des 'Vorwärts', Berlin SW., Weichstraße 2, ist erschienen und durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:

Des Seemanns Leben und Leiden.

Zur Warnung für Die aus dem Binnenland, Zur Mahnung für Die von der 'Waterkant'. Nach atemmäßigen Belegen getreu der Wahrheit geschildert.

8 66 Seiten mit Umschlag. Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg.

In keinem kapitalistischen Betriebe ist die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so raffiniert schamlos und grauam, wie im Schiffahrtsgewerbe, nirgends wird mit Leben, Ehre und Gesundheit der Arbeitskräfte so gewissenlos umgegangen wie hier, nirgends ist der Arbeiter so wehrlos den Mißhandlungen brutaler Vorgesetzter ausgesetzt, als auf 'unseren' Schiffen. In zwölf Kapiteln verbreitet die Schrift an Hand von atemmäßig feststehenden Vorkommnissen klares Licht über diese leider zu wenig gekannten Thatsachen und zeigt zugleich den Weg, den die ausgebeuteten Seeleute beschreiten müssen, wenn sie eine Besserung ihrer Lage herbeiführen wollen.

Die Kapitel lauten: Was wollen wir? - Der Seemannsberuf und das Kapital. - Behandlung der Seeleute an Bord. - Die Seemannsordnung ist kein genügender Schutz der Seeleute. - Die Disziplinargewalt des Kapitäns und der Schiffsoffiziere. - Rechtssprechung des Seemannsamtes. - Ausbeutung der Seeleute. - Seelenverkäuferei. - Luxus und Elend an Bord. - Auf, Seeleute vereinigt euch.

Expedition des Lübecker Volksboten Große Altesstraße 35/37.

Mattenlatwerge in Dof. a 50 Pf. u. 1,00 Mk. C. F. Alm, Drogist, Holstenstraße 18 u. Moislinger Allee 6a

Bratenschmalz pr. Pfd. 50 u. 60 Pf. empfiehlt Aug. Scheere, Holstenstraße 27.

Butter.

Den Alleinverkauf unserer als anerkannt feinsten Tafelbutter bei Lieferung von 1300 bis 1400 Pfd. pr. Woche haben wir der Butterhandlung von C. Krapp, Lübeck, Wahrenstr. 6, übertragen. Meierei Wallsbüll i. Holstein.

Beste Kronsbeeren pr. Pfd. 12 Pf. 5013 Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Lübeck's größte und billigste Einkaufsstätte von Möbeln und besonders ganzen Aussteuern ist H. E. Koch's Central-Möbel-Halle, Marlesgrube 45.

Die Central-Möbel-Lagerräume im ganzen Hause, Parterre, 1. und 2. Stock und große Seiten- und Quergebäude sind jetzt auf das Großartigste completirt (z. B. über 70 Stück Mißbaum und mahagoni Vertikow, 32 Stück Spiegelschränke, über 100 Stück große Pfeilerpiegel mit bidem Crystallglas, über 50 Stück verschiedene Sophas u. s. w. vorräthig), von Morgens 7 Uhr bis Abends 10 Uhr geöffnet und am Abend mit Gas-Flüßlicht tageshell erleuchtet.

Ganze Aussteuern, neu und sehr stark und modern gearbeitet, als: 1 Sopha, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Vertikow, 1 Spiegel, 2 Bilder, 1 Regulator, 1 zweischläfrige Bettstelle mit Matraze, 1 Waschtisch, 1 Kleider- und 1 Küchenschrank und Kleintisch, halte zum Preise von 140 Mk. sowie bessere und hochelegante bis zu den allerfeinsten in alldentsch zu billigen Preisen vorräthig und zur sofortigen Lieferung fertig. Schon jetzt, für spätere Lieferungen gekaufte Möbel und besonders ganze Aussteuern, werden längere Zeit unentgeltlich aufbewahrt und auf eigenem Möbelwagen für Lübeck und eine Meile im Umkreis frei Haus geliefert und aufgestellt. Zur gest. Besichtigung meiner Möbelhalle ladet ein

H. E. Koch, Marlesgrube 45.

Billigste Bezugsquelle für Arbeitergarderobe.

Engl. Lederhosen von 1,50 Mk. an
Blaue Pflotshosen von 1,50 " "
Jagdwesten (unzerreißbar) von 2,00 " "

Regatta- und Gardsend-Hemden (keine Fabrikarbeit.)

Blaue Boyjaden (mit und ohne Futter).

Sämmtliche Unterzeuge in großer Auswahl, billigste Preise.

L. Duve, gr. Burgstraße 32.

Probehefte und Prospekte durch alle Buchhandlungen.

= Soeben erscheint = in 272 Lieferungen zu je 50 Pf. und in 17 Halbfranzbänden zu je 10 Mk.

MEYERS

Fünfte, neubearbeitete u. vermehrte Auflage.

KONVERSATIONS

17,500 Seiten Text, 10,000 Abbildungen, Karten und Pläne

LEXIKON

152 Chromotafeln und über 950 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Bestellungen auf Meyer's Konversations-Lexikon nimmt jederzeit zu bequemen Bezugsbedingungen an die Buchhandlung von

Fr. Meyer & Co., Lübeck, Gr. Altesstraße 35/37.

Feinste franz. Eierkartoffeln, sowie gelbfuchende Magnum bonum empfiehlt

H. Kiefan S. W. Scharfenberg, Günstig für Wiederverkäufer.

Hökerei

Zu sofort ist eine zu übernehmen. Off. unt. No. 5015 b an Haasenstein & Vogler, A.-G., Lübeck.

Mit dem heutigen Tage habe ich meine Grün-, Kartoffel- und Bierhandlung nach dem Langen Lohberg 40 verlegt und bitte ein geehrtcs Publikum und meine Freunde und Bekannte mich auch ferner mit ihrem Wohlwollen zu beehren.

Hochachtungsvoll D. Mundt.

Zur Annahme von Anträgen für die Friedrich-Wilhelm-Lebensversich. m. wöch. Prämie von 10 Pf. an, und der Sachsen-Leipziger Feuerversicherung empfiehlt sich die Hauptagentur

C. Heincke, Ziegelstraße 15.

F. Gehrke, Schuhmacher, Fleischhauerstr. 84, empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorf. Arbeiten prompt und billig

Frau Lina Bahr Gebamme, sonst Dornestraße 3, jetzt Leichstraße 3.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Achtung!

Zimmerer.

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 2. October 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Spahrman, Hundestraße 101.

Tages-Ordnung: Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Referent: Genosse Carl Meyer. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 3. Octbr. 1894, Abends 8 1/2 Uhr, bei F. Leecke, Lederstraße 3. T.-D.: Bericht des Delegirten von Neumünster. - Anschließ der Streikbrecher. Der Vorstand.

General-Versammlung

des Gesang-Vereins Eintracht am Sonnabend d. 6. October 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rumohr, Marlesgrube 22. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Besprechung des Weihnachtsfestes. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Maurer u. verw. Berufsgenossen.

Zahlstelle Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch den 3. Octbr. 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Hof. Tages-Ordnung.

1. Vortrag vom Genossen Rod: Das Recht im Klassenkampf. 2. Fragekasten. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. NB. Die Statistikkbücher sind in dieser Versammlung ausgefüllt abzuliefern. Der Bevollmächtigte.

F. M. & Co.

Den 4. October, 8 1/4 Uhr Abds. Stadt-Theater in Lübeck. Mittwoch den 3. October: 10. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau u. Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise. Zum 1. Male:

Niobe. Neuester Schwank in 3 Akten von Blumenthal. In Scene gesetzt von Dir. Erdmann Jesniger.

Vermiethungen und Mieth-Gesuche.

Friedenstraße 72. Die erste Etage, 3 Zimmer, Küche, Keller u. Boden f. 210 Mk. zu verm. Näh. Friedenstr. 65. Durch Zufall zu sofort oder zum 1. Januar eine freundliche Wohnung, Mieth 115 Mk. Dornestraße 77 a.

Weibliche Aerzte in Rußland.

Von Lisa Luz.

In anerkennenswerther Weise hat Rußland unter allen europäischen Staaten zuerst die Frauen zum Studium der Medizin zugelassen. Was auch immer der ausschlaggebende Grund für die russische Regierung gewesen sein mag, den Frauen ein ganz neues Arbeitsfeld zugänglich zu machen, jedenfalls hat sie damit nach dem Urtheile zahlreicher Aerzte und Professoren die besten Erfahrungen gemacht. Auch der Generalarzt der russischen Armee hat sich über das medizinische Studium der Frauen anerkennend dahin ausgesprochen, daß die „Hörerinnen der medizinischen Fakultät“ sich durch ihren unermüdbaren Fleiß auf chirurgischem und therapeutischem Gebiete von der besten Seite gezeigt und auch in den Hospitälern den Erwartungen vollständig entsprochen haben.

Im Jahre 1867 hatte der erste weibliche Arzt, Frau Susslowa, in Rußland zu praktizieren begonnen und im Jahre 1872 hatte sich unter dem Drucke langjähriger Agitationen und heftiger Petitionskämpfe die russische Regierung dazu entschlossen, eigene höhere medizinische Kurse zu eröffnen. Mit welchem inneren Widerstreben freilich die Regierung an die Durchführung dieser fortschrittlichen Maßnahmen gegangen sein mag, erhellt schon daraus, daß sie die medizinischen Kurse zunächst nur auf das Studium der Frauen- und Kinderkrankheiten beschränkte, daß sie den Frauen nach Absolvierung eines auf 4 Jahre festgesetzten Studiums nicht die vollen Rechte eines Arztes verlieh und daß sie zunächst nur 89 Frauen und Mädchen zum Studium zuließ.

Von diesen 89 Frauen und Mädchen hing die Zukunft der ganzen Bewegung ab. Aber der Eifer der Studentinnen war so groß, ihre Thätigkeit rief allseitig so lebhaftes Bestreben hervor, daß bereits ein Jahr später abermals 89 Studentinnen aufgenommen wurden. Es stellte sich aber bald heraus, daß nicht genügende Arbeitsplätze für die Studentinnen vorhanden waren und ferner, daß ohne einen fünfjährigen Kursus — wie er sonst üblich ist — keine perfekte Ausbildung von Spezialistinnen für Frauen- und Kinderkrankheiten zu erzielen war. Der vierjährige Kursus, den man zu Grunde gelegt hatte, reichte nicht aus. Es entstand daher eine allgemeine Agitation zur Einführung eines fünfjährigen Kursus. Dabei kam selbstverständlich auch die Frage zur Debatte, weshalb die Frauen nach vollendetem fünfjährigen Kursus nicht dieselben Rechte haben sollten, wie die männlichen Aerzte. Die Agitation hatte die denkbar besten Erfolge. Der fünfjährige Kursus wurde eingeführt, den weiblichen Aerzten dieselben Rechte eingeräumt, wie den männlichen.

Jeder neue Zuwachs von Hörerinnen lieferte den Beweis, daß die Frauen zum Studium der Medizin sehr befähigt waren. Sie zeigten Lust und Liebe hierfür und ließen sich von ihrer ernstesten Thätigkeit nicht ablenken. Bald kam auch eine Gelegenheit, wo ihre Fähigkeiten in harter Praxis einer schweren Prüfung unterworfen wurden. Diese Prüfung war der Krieg von 1877; wir haben schon oben die günstigen Aeußerungen des Generalarztes der Armee über die Wirksamkeit der weiblichen Aerzte im Kriege erwähnt. Auch eine Kommission in

Zassh sprach sich sehr günstig über deren Thätigkeit aus. Das Institut hatte sich also trefflich bewährt und bildete alljährlich eine große Anzahl von Ärztinnen aus, die zum Theil auch in städtischen und ländlichen Verwaltungsbereichen Anstellung fanden. Plötzlich, im Jahre 1882, wurde die weitere Aufnahme von Hörerinnen eingestellt und es blieb den Freunden des Frauenstudiums nur der Trost, daß jene Verfügung nicht der Feindschaft gegen das Frauenstudium, sondern einem rein äußerlichen Umstande entsprang.

Um die Kosten für ein neues Gebäude zu ersparen, hatte man nämlich seiner Zeit das Institut in den Räumen der einzigen Anstalt zur Ausbildung von Ärzten untergebracht, welche Petersburg besaß. Da in derselben nur Militärärzte herangebildet wurden, unterstand sie dem Kriegsminister.

Als nun der General-Adjutant Wannowsky Kriegsminister wurde, erklärte er, daß die Leitung der medizinischen Frauencurse nicht zum Ressort des Kriegsministeriums gehöre, obwohl ihm dieses Institut durchaus sympathisch sei und gab anheim, es einem der anderen Ministerien zu unterstellen. Trostdem er aber auch noch eine jährliche Subvention von 8200 Rubel versprach, fand sich keins der anderen Ministerien, nicht einmal das Kultusministerium, zur Uebernahme bereit; dem einen fehlten die Männlichkeiten, dem anderen waren die Kosten zu hoch. Es mußte daher die Schließung erfolgen.

Im Jahre 1890 theilte der Kultusminister der Petersburger Duma (Stadtgemeinde) mit, daß der Generalmajor a. D. Schaujowsky eifrig für die Wiederöffnung der höheren Kurse für Frauen und Mädchen agitire und zu diesem Zwecke 50 000 Rubel geschenkt habe, nachdem schon die gleiche Summe von seiner Frau geschenkt worden war.

Ferner waren der Stadtverwaltung 80 000 Rubel für den Fall der Wiedereröffnung der medizinischen Frauencurse zur Verfügung gestellt worden, die inzwischen auf 160 000 Rubel angewachsen waren. Ein Herr M. verpflichtete sich, zehn Jahre hindurch jährlich 5000 Rubel zu zahlen, ein anderer zeichnete 300 Rubel pro Jahr, der Kriegsminister versprach — wie oben erwähnt — eine jährliche Subvention von 8200 Rubel, während die Stadt Petersburg aus öffentlichen Mitteln 15 000 Rubel jährlich beitragen wollte. Das Institut würde also im Falle der Wiedereröffnung jährlich 38 000 Rubel (heute ist die Summe noch erheblich angewachsen) zur Verfügung haben. Aber trotz dieser günstigen finanziellen Umstände konnte die Eröffnung bisher nicht erreicht werden.

Innerhalb der zehn Jahre der Dauer dieses Instituts von 1872 bis 1882 wurden 959 Hörerinnen aufgenommen.

Die jüngste Hörerin war bei der Aufnahme 17 Jahre, die älteste 40 Jahre alt, das Alter von 20 Jahren herrschte am meisten vor. Anfangs war ein Alter von 20 Jahren für die Aufnahme erforderlich, daher kommt es, daß zwei Drittel der Studentinnen 20 bis 24 Jahre alt waren. Der größte Theil hatte eine entsprechende Vorbildung genossen; 75 pCt. hatte eine mittlere Bürgerschule absolviert. Im Allgemeinen hatten von 796 Hörerinnen 417 das Frauengymnasium absolviert, also

52,4 pCt.; 76 (9,6 pCt.) hatten andere Lehranstalten besucht, 87 (10,9 pCt.) mittlere Bürgerschulen und 216 (27,1 pCt.) Hörerinnen waren bei der Aufnahme mit einem Lehrerinnen-Diplom versehen. Im Jahre 1877 war die Zahl der mit einem Lehrerinnen-Diplom Aufgenommenen (194) fast gleich der Zahl derjenigen Studentinnen, die ein Gymnasium absolviert hatten.

Es stammten 85 pCt. aus den gebildeten Kreisen. Aus den breiteren Volksschichten stammten nur 26 oder 3,2 pCt. Dennoch können die russischen Bauern stolz sein, denn der erste weibliche Arzt in Europa, der erste des 19. Jahrhunderts, Rajdeschka Prokofjewna Susslowa, die Tochter des Leibeigenen, stammte auch aus ihrem Kreise!

Daß das Bedürfnis nach Ärztinnen sehr groß war, erhellt schon aus dem Umstande, daß die Hörerinnen aus allen Theilen Rußlands herbeigeführt waren. Aus Moskau stammten 48, aus Südrußland 135, aus Sibirien 7, aus Archangelst 5.

Nun taucht dennoch die Frage auf, ob nicht vielleicht doch ein erster Grund gegen die weitere Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin aufgetaucht sei, sei es, daß sie nicht die genügenden Fähigkeiten besitzen oder daß die ärztliche Thätigkeit für das weibliche Geschlecht nicht geeignet sei. Die Daten aber, die während der zehnjährigen Dauer der Kurse von 1872 bis 1882 gesammelt worden sind, beweisen glücklicher Weise das Irrige einer solchen Annahme. Während der acht Jahre 1872 bis 1879 haben sich von 712 Hörerinnen 116 verheirathet.

Hieraus erhellt klar, daß trotz des eifrigen Studiums den Studentinnen die „Weiblichkeit“, die man ihnen so oft abspriht, nicht verloren gegangen ist, daß sie vielmehr um so leichter zur Ehe schreiten, je länger sie studiren. Noch interessanter ist es, daß sich die Ehe auf die Fortführung des Studiums durchaus nicht von ungünstigem Einfluß erwiesen hat, indem gerade der Theil der Hörerinnen, die geheirathet hatten, den größten Prozentsatz derjenigen lieferte, die ihr Studium vollendeten. Dies zeigten die folgenden Zahlen. Von je 100 aufgenommenen Mädchen vollendeten 37,4 ihr Studium, ohne sich zu verheirathen. Von je 100 Hörerinnen, die schon bei der Aufnahme verheirathet waren, absolvirten 33,3. Dagegen absolvirten 54 pCt. derjenigen Studentinnen, die sich während des Studiums verheiratheten. Daß eine solche Regelmäßigkeit auf Zufall zurückzuführen sei, ist gewiß kaum anzunehmen.

Nach dieser allgemeinen Charakteristik wollen wir untersuchen, mit welchem Erfolge die Hörerinnen studirt haben. Das Kriterium wird hier die Prozentzahl der bestandenen Examen bilden. Die Examinatoren verfahren im Gefühle ihrer Verantwortlichkeit durchaus nicht milde, und die Zahl der jedes Mal Examinirten war nicht so groß, daß die Professoren sich nicht mit jeder einzelnen derselben hätten eingehend beschäftigen können. Von 959 aufgenommenen Hörerinnen hatten über 600 das Examen bestanden, also ein sehr bedeutender Prozentsatz. Genaue Angaben sind leider nur für die Jahre 1871—1878 vorhanden. Von den in diesen 8 Jahren eingetretenen 796 Hörerinnen starben 18, 175 traten aus verschiedenen Ursachen vor Beendigung des Studiums wieder aus, die Uebrigen haben in jedem Semester die

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(8. Fortsetzung.)

„Erscheint als Ankläger des Knaben — so!“ sagte Fang, Brownlow verächtlich von Kopf bis zu Füßen betrachtend. „Nehmen Sie ihm den Eid ab.“

„Bevor das geschieht, muß ich mir ein paar Worte erlauben“, fiel Brownlow ein. „Ich würde nämlich, ohne daß es mir wirklich widerfahren wäre, niemals geglaubt haben —“

„Halten Sie den Mund, Sir,“ unterbrach ihn Fang. „Ich will und werde reden,“ sagte Brownlow eben so bestimmt.

„Sie halten augenblicklich den Mund, Sir, oder ich lasse sie hinausbringen. Sie sind ein unverschämter Mensch! Wie können Sie es wagen, einen Richter einschüchtern zu wollen?“

Dem alten Herrn stieg das Blut in die Wangen. „Beerdigen Sie dieses Individuum!“ rief Fang dem Schreiber zu. „Ich will durchaus nichts mehr hören.“

Brownlow war höchst entrüstet, dachte aber, daß er dem Knaben schaden könne, wenn er seine Gefühle nicht unterdrückte, und legte daher den Eid ab.

„Wohin geht Ihre Anklage?“ fragte ihn Fang darauf. „Was haben Sie zu sagen, Sir?“

„Ich stand vor einem Bücherladen,“ begann Brownlow, allein Fang unterbrach ihn.

„Schweigen Sie, Sir. Wo ist der Polizeidiener? Beerdigen Sie ihn. Polizeidiener — reden Sie!“

Der Polizeidiener berichtete mit gebührender Unterwürfigkeit, wie er den Knaben gefunden, und wie er ihm

die Taschen durchsucht und nichts gefunden habe; — mehr wisse er nicht.

„Sind Zeugen vorhanden?“ fragte Fang.

„Nein, Ihr Edeln.“

Fang saß ein paar Minuten schweigend da, wendete sich darauf zu Brownlow und sagte in großer Hitze: „Denken Sie Ihre Anklage gegen den Knaben anzubringen oder nicht? Sie haben geschworen. Verweigern Sie Ihr Zeugniß, so werd' ich Sie wegen Nichtachtung der Richterbank in Strafe nehmen; das werd' ich, beim —“

Es ist und bleibt unbekannt, bei wem; denn der Schreiber hustete im rechten Augenblicke und ließ ein Buch zur Erde fallen — natürlich zufällig.

Brownlow konnte endlich vorbringen, was er zu sagen hatte, und fügte hinzu, daß er die Hoffnung hege, der Richter werde die Gesetze so mild als möglich anwenden, wenn er es als erwiesen annehmen sollte, daß der Knabe, wo nicht selbst ein Dieb, doch mit Dieben in Verbindung stehe.

„Er ist bereits hart beschädigt,“ schloß er, „und ich fürchte, daß ihm sehr unwohl ist.“

„Unwohl — so, so!“ sagte Fang mit einem höhnischen Lächeln. „Du spielst mir hier keine Comödie, Du kleiner Landstreicher, das sag' ich Dir; kommst mir damit nicht durch. Wie heißest Du?“

Oliver wollte antworten, aber die Zunge verlagte ihm den Dienst. Er war todtenblaß, und Alles schien rund mit ihm zu gehen.

„Wie heißest Du, Du verhärteter Schlingel,“ donnerte ihn Fang wiederholt an. „Gerichtsdienner, wie heißt der Bube?“

Der Gerichtsdienner beugte sich über Oliver und wiederholte die Frage, gewahrte aber, daß der Knabe wirklich nicht im Stande war, zu antworten, und sagte daher,

weil er wußte, daß der Richter sonst nur noch wüthender werden und eine noch härtere Strafe dictiren würde:

„Er sagt, sein Name wäre Tom White, Ihr Edeln.“

„Wo wohnt er?“ fragte Fang weiter.

„Wo er eben kann,“ erwiderte der gutherzige Gerichtsdienner abermals für Oliver.

„Hat er Eltern?“

„Er sagt, sie wären in seiner Kindheit gestorben, Ihr Edeln,“ entgegnete der Gerichtsdienner. Es war die gewöhnliche Antwort in Fällen dieser Art.

Oliver hob bei der letzten Frage den Kopf empor, sah mit stehenden Blicken umher, und hat mit schwacher Stimme um ein Glas Wasser.

„Albernheiten!“ sagte Fang. „Hab' mich ja nicht zum Narren, Bursch!“

„Ich glaube wirklich, daß ihm unwohl ist, Ihr Edeln,“ wendete der Gerichtsdienner ein.

„Ich weiß es besser,“ fuhr Fang auf. „Gerichtsdienner, halten Sie ihn,“ rief der alte Herr, „oder er sinkt zu Boden.“

„Zurück da, Gerichtsdienner!“ tobte Fang; „mag er wenn's ihm beliebt.“

Oliver bediente sich der freundlichen Erlaubniß, und fiel ohnmächtig von seiner Bank herunter.

Der Richter befahl, ihn liegen zu lassen, bis er wieder zu sich käme; der Schreiber fragte leise, wie Mr. Fang zu verfahren gedächte.

„Summariß,“ erwiderte der würdige Mr. Fang. „Er wird drei Monate eingesperrt — natürlich bei harte Arbeit.“

Zwei Schließer schickten sich an, den ohnmächtigen Knaben in seine Zelle zu tragen, als plötzlich ein stiller, ärmlich, aber anständig gekleideter Mann athemlos hereintrat.

Prüfung gut bestanden und sind mit Erfolg von einem Kursus zum nächsten fortgeschritten. Besonders interessant ist das Schicksal der im Jahre 1872 aufgenommenen ersten Gruppe von 89 Studentinnen. Von diesen haben 60 ihr ärztliches Examen abgelegt, 12 starben während des Studiums und nur 17 haben aus verschiedenen Gründen ihr Studium aufgeben müssen. Wir können aus diesen Zahlen wohl mit Recht den Schluß ziehen, daß die Frau zweifellos zum medizinischen Studium befähigt ist.

Auch in der wissenschaftlichen Literatur hat sich eine Reihe weiblicher Ärzte in Rußland hervorragend bemerkbar gemacht und es giebt dort viele bedeutende Spezialistinnen auf allen Gebieten der medizinischen Thätigkeit.

Wir wollen nun versuchen, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob das höhere medizinische Studium der Frauen praktische Resultate zum Vortheile der Gesellschaft und der Frauenärzte selbst gehabt hat. Zu diesem Zwecke können wir sehr wenig bekannte, interessante Zahlen anführen.

Im Jahre 1889 unternahm es der Minister des Innern, durch Zählkarten die Verhältnisse der Ärzte im Allgemeinen und die der weiblichen in Besonderen ermitteln zu lassen. Der Versuch ist als verhältnißmäßig gelungen zu bezeichnen, wenn man berücksichtigt, daß solche Statistiken stets nur schwierig zu Stande kommen.

Ausgefüllte Karten liefen ein 12,274 von Ärzten und 409 von Ärztinnen. Der bedeutende Statistiker Dr. W. J. Grabenschikow bearbeitete diesen Stoff in einer Abhandlung: „Versuch einer Bearbeitung der Resultate der Zählung der russischen Ärzte.“ Alle nachfolgenden Daten sind dieser Abhandlung entnommen.

Von den 409 Ärztinnen, die ausgefüllte Zählkarten einsandten, waren 280 (68,46 Proz.) Rußinnen, 89 Tüdinnen, 8 Polinnen, 6 Deutsche, 2 Litaauerinnen, 1 Armenierin, 13 unbekannter Nationalität. Bemerkenswerth ist, daß unter den männlichen Ärzten 54,33 Proz. Russen, 16,29 Proz. Polen, 8,10 Proz. Deutsche, 13,43 Proz. Juden waren. Da wir hiermit das ethnographische Gebiet gestreift haben, so wollen wir auch die Religionsangehörigkeit anführen. Unter den Ärztinnen waren orthodox 289 (70,56 Proz.), kath. 15 (3,67 Proz.), luth. 2,42 Proz.

In der Gegenwart ist der Prozentsatz der von Stadt- (Duma) und Landgemeinden (Semstwo) angestellten Ärztinnen bedeutend gestiegen, besonders in dem Cholerajahre wurden sehr viele angestellt. Was die geographische Verbreitung anlangt, so sind die Ärztinnen über ganz Rußland zerstreut. Von 409 Ärztinnen lebten nach Dr. Grabenschikow 378 im europäischen Rußland (13 im Kaukasus (7 in Lissis), 7 in Sibirien und 11 wurden von der Regierung nach Mittelasien berufen.

Im Allgemeinen sind die Resultate also durchaus erfreulich und es kann daher nur mit großer Befriedigung erfüllt, daß, neueren Zeitungsnachrichten zufolge, die Wiedereröffnung der medizinischen Fakultät für Frauen in St. Petersburg schon für die nächsten Monate bevorsteht.

Soziales und Partei-Leben.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands! Schlotheim i. Th. Bekanntlich ist der hiesige Seilerstreik zu Ungunsten der Streikenden ausgefallen, theils wegen ungenügender Unterstützung, theils wegen der vielen Streikbrecher, die sich, aus allen Berufsgruppen rekrutierend, eingeschunden hatten. Es sind jetzt noch 40 bis 50 Gemahregelste

*) Handbuch der Ärzte. Herausgegeben vom Medizinischen Departement. Petersburg 1889 Band I.

„Halt — halt!“ rief er, „um des Himmels willen noch einen Augenblick Geduld.“

Ogleich die Polizeibeamten die willkürlichste Gewalt über die Freiheit, den guten Ruf und Namen, ja fast das Leben der königlichen Unterthanen, besonders der ärmeren Klassen zu üben pflegen, und obgleich in den Polizeigerichten genug Dinge vorgehen, um den Engeln blutige Thränen auszupressen, so erfährt das Publikum doch nichts davon, ausgenommen durch das Medium der Tagespresse. Mr. Fang war daher nicht wenig entrüstet, einen ungebetenen Gast eintreten und so ordnungswidrig auftreten zu sehen.

„Was ist das? Wer ist das? Werst den Menschen hinaus!“ rief er.

„Ich will und muß reden, Sir! Ich lasse mich nicht hinauswerfen; hab's Alles mit angesehen. Ich bin der Besitzer des Buchladens. Ich verlange, beeidigt zu werden. Mr. Fang, Sie müssen mich anhören — Sie können es nicht wagen, mein Zeugniß zurückzuweisen, Sir.“

Er war im Recht, und sah zu entschlossen aus, als daß der Richter es hätte wagen dürfen, ihn abzuweisen. Fang ließ ihm daher den Eid abnehmen, und fragte darauf, was er zu sagen habe.

„Ich sah drei Knaben — zwei andere und diesen hier — um den Herrn da herumzuschleichen, der vor meinem Laden stand und las. Der Diebstahl wurde von einem anderen Knaben begangen, und dieser war ganz erstaunt darüber, und sah aus, als wenn ihn der Schlag gerührt hätte.“

„Warum kamen Sie nicht schon früher her?“

„Ich hatte Niemand, nach meinem Laden zu sehen, und bin hergelaufen, so bald ich Jemand aufreiben konnte.“

„Wo der Ankläger las?“

„Ja, Sir — in dem Buche, das er in diesem Augenblick in der Hand hat.“

vorhanden. Die Fabrikanten geben den Arbeitssuchenden zur Antwort, daß sie durch den Streik so geschädigt worden seien, daß sie in fünf Jahren den Verlust nicht wieder einholen könnten, den sie durch diesen Streik erlitten hätten, da zahlreichere Bestellungen anderwärts gemacht wurden und das verlorene Abgabegeld nur äußerst schwer wieder gewonnen werden könne. Wir sind nun bemüht, unsere Schlotheimer Kollegen anderswo unterzubringen; da aber dieses nicht so schnell zu ermöglichen ist, haben wir vorläufig noch eine große Anzahl Gemahregelste zu unterstützen. Wenn man bedenkt, daß diese Parias sich in letzter Zeit mit M. 2,50 pro Woche begnügen mußten, so ist die Noth erklärlich, welche jetzt unter denselben ausgebrochen ist. Die Fabrikanten versäumen nicht, die Arbeiter in ihrer bitteren Noth noch zu verhöhnen, indem sie sie an die Organisation verweisen. Dabei suchen sie die Arbeiter der Organisation mit zu machen, indem sie denselben vorreden, wie sehr sie für ihre Arbeiter gesorgt hätten und wie wenig dieselben sich auf die Organisation verlassen könnten. Nun, als so ganz machtlos werden diese Fabrikanten die Organisation doch nicht kennen gelernt haben, das beweisen die schweren Nachteile, welche sie durch diesen Streik erlitten haben; nach einem zweiten solchen Sieg gestiftet sie es jedenfalls nicht mehr. Für diesmal haben wir allerdings eine Niederlage erlitten und es wird uns schwer werden, die vielen Gemahregelsten unterzubringen. Damit aber die Fabrikanten nicht sagen können, wir haben die Ausgesperrten verhungern lassen, bitten wir alle Arbeiter, uns noch kurze Zeit zu unterstützen, bis wir dieselben untergebracht haben. Die Noth ist außerordentlich groß und Hilfe sehr notwendig. Der Vorstand der Seiler, Knechteläger und Häuser. J. N.: G. Schaab. Abt.: F. Schlüter, Viktoria-Dtensen, Wahrsfelder Steinbamm 48, II. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Frauen im Bankdienste? Aus London wird berichtet: Seit einiger Zeit sind auch in der Bank von England Damen angestellt. Sie hatten sich einer Prüfung zu unterwerfen, erhielten jedoch nach dem Bestehen derselben einträgliche Posten. Die Direktoren sind von dem Ergebnis der Neuerung so befriedigt, daß sie beschlossene haben, eine Reihe anderer Stellen mit weiblichen Beamten zu besetzen. Die männlichen Kollegen der Damen sind natürlich nicht sehr erbaut von der Sache und haben mehrere Protestmeetings abgehalten. — So erobert sich die Frau immer die Erwerbsgebiete des Mannes.

Vom Berliner Bierkriege. Letzten Sonnabend fanden wiederum Unterhandlungen zwecks Beilegung statt. Da die Vertreter der Brauereien auch die geringsten Forderungen ablehnten, wurde die Verhandlung auf diese Woche vertagt.

Aus Nah und Fern.

Memel. Das „Mem. Dampf.“ erzählt folgende Geschichte von Einem, der die Cholera haben wollte, sie aber nicht kriegen konnte — von Polizeiwegen: Der Arbeiter Karl Aszols in Bommelsvite, ein Bruder des an Cholera erkrankt gewesenen und jetzt bereits als geheilt entlassenen Arbeiters Aszols, beneidete diesen ob des schönen Lebens, das er im Lazareth geführt, und ob des guten Essens und Trinkens, das er dort bekommen hatte. Außerdem wollte er auch seinem Hauswirth, der die Miete bezahlt haben wollte, einen Schabernack spielen. Er beschloß also cholerafrank zu werden, ins Lazareth zu kommen, dort ein Paar vergnügte Tage zu verleben, seinem Hauswirth das Haus polizeilich sperren und diesen sammt seinen Angehörigen und sieben Familien, die in dem Hause wohnten, nach der Quarantäne-Anstalt bringen zu lassen. Um diesen Zweck zu erreichen, nahm Aszols zunächst alle möglichen und unmöglichen Spirituosen zu sich und versuchte mit allen Mitteln an seinem Körper diejenigen Verschimmungen hervorzurufen, die in den behördlichen Bekanntmachungen als choleraverdächtig bezeichnet waren. Unvorsichtiger Weise hatte er aber von seinen Plänen einigen Kameraden erzählt, und diese waren so unfreundlich, davon die Behörde in Kenntniß zu setzen. Als Aszols sich Abends absichtlich auf die feuchte und kalte Hasenböschung zur

Ruhe gelegt hatte, erschien der Amtsvorsteher und ließ ihn nach dem Arrestlokal in Bommelsvite bringen.

Was wiegt eine Fliege? Diese Frage wurde kürzlich an einem Stammtisch in Weivitz aufgeworfen. Die Schätzungen bezüglich des Gewichts einer gewöhnlichen Stubenfliege schwanken zwischen 0,1—10 Gramm. Eine Wägung von 6 Fliegen ergab ein Gesamtgewicht von 0,0886 Gramm, so daß im Durchschnitt eine Fliege 0,01469 Gramm wog. Es wiegen also 70 Fliegen 1 Gramm und auf 1 Kilogramm gehen nicht weniger als ca. 70 000 Fliegen.

Aus der „Noblesse“. In Dortmund beginnt vor der Strafkammer am 9. Oktober die Verhandlung gegen den früheren Generaldirektor des Förder Bergwerks- und Hüttenvereins, Massenez, der des Betruges, zum Nachtheile des Förder Vereins begangen, angeklagt ist. Massenez schied vor zwei Jahren plötzlich aus seiner Stellung, zugleich legte er auch den Vorsitz in der Handelskammer zu Dortmund und die Vertretung derselben in mehreren Bezirks-Eisenbahnräthen nieder. Auch einer seiner Vorgänger im Vorhinein der Handelskammer, Kommerzienrath von Born, früher Mitglied des Staatsraths, mußte auf diese Stelle verzichten, weil sich die Staatsanwaltschaft mit ihm erfolgreich zu beschäftigen gezwungen war.

Polizei-Geheimnisse. In New-York ist kürzlich das dortige Polizeiwesen einer antlichen Untersuchung unterzogen worden. Jeder New-Yorker wußte schon, daß dabei heillose Sachen an den Tag kommen würden. Vielleicht ist das Ergebnis noch schlimmer, als man befürchten möchte. „Leslies Weekly“ giebt eine gute Uebersicht über die Ergebnisse dieser Untersuchung. „Es kostet 300 Doll. um Polizist in New-York zu werden. Das Geld geräth irgendwo hin. Es kostet 1000 Doll. um ein Patrolman zu werden. Das Geld geräth irgendwo hin. Es kostet 10—20 000 Doll. um Polizeikapitän zu werden. Auch das Geld geräth irgendwo hin. Die Polizeikommissare ernennen und befördern Polizeibeamte, und das Alles kostet Geld. Aber es wäre falsch, anzunehmen, daß die Polizisten selbst das Geld dafür bezahlen. O nein! Beschäftigtes Laster und gemeinste Erpressung bringen das Geld auf. Ein Haus des Lasters zu halten, kostet 50 Doll. den Monat, 500 jährlich und 500 Einschreibungsgebühr, sobald ein neuer Kapitän in den Distrikt kommt. Und die Polizeikommissare wechseln die Kapitäne „zum Besten des Dienstes“, wie der Ausdruck lautet, häufig. Es kostet 20—30 Doll. monatlich, Spirituosen ohne eine Schankerlaubnis zu verkaufen. Es kostet 50 Doll. monatlich, um Waaren auf dem Bürgersteige stehen zu haben. Ein Bauunternehmer thut gut, der Polizei gelegentlich 20 Doll. zu zahlen, damit seine Arbeiter nicht verhaftet werden, weil sie den Straßenverkehr gehemmt haben. Einem armen Jungen, der vom Stiefelpugen lebt, wird es nicht schaden, wenn er der Polizei monatlich 5 Doll. entrichtet und dem dienstthuenden Schutzmännchen gelegentlich die Stiefel umsonst putzt. Verkauft Jemand Früchte auf der Straße, so muß er in eigenem Interesse ja dem Polizisten erlauben, so viel von seinem Obst zu essen, bis er genug hat. Und so geht das weiter. Das System, Fremde in Spielhöhlen oder sonstwo hin zur Veranbarung zu locken, hat jahrelang unter dem direkten Schutz der Polizei New-Yorks gestanden. Die Polizei fordert nur eine Ausnahme: New-Yorker Bürger und Geistliche sollten nicht belästigt werden. Die Ausbeutung der Prostitution jederlei Gestalt ist ein Kapitel in den Annalen der New-Yorker Polizei, daß sich die Feder sträubt, es zu schildern.“

12. Kapitel.

In welchem für Oliver bessere Fürsorge getragen wird, als er sie noch in seinem ganzen Leben erfahren.

Der Wagen hielt vor einem artigen Hause in einer stillen Straße nicht weit von Pentonville. Mr. Brownlow ließ Oliver gleich zu Bett bringen, und sorgte mit einem Seiner für Pflege jeder Art, der keine Grenzen kannte. Sein Schützling verfiel in ein sehr heftiges Fieber, und erwachte erst nach acht Tagen aus einem langen und unruhigen Traume, wie es ihm dünkte. „Wo bin ich?“ rief er mit schwacher Stimme. „Wer hat mich hierher gebracht?“

Der Vorhang seines Bettes wurde rasch zurückgeschoben, und eine mütterlich aussehende, sauber gekleidete alte Frau beugte sich über ihn und sagte: „Ruhig, mein Schöhnchen, Du mußt dich ganz stille halten, oder wirst sonst wieder krank werden. Denn Du hast an der Schwelle des Todes gestanden; also verhalt Dich ja recht ruhig.“

Sie sah so freundlich und liebevoll dabei aus, und strich ihm so sorglich das Haar von der Stirn zurück, daß er sich nicht enthalten konnte, seine abgezehrte Hand auf die ihrige zu legen, und einige, wenn auch unverständliche Worte gerührten Dankes zu murmeln.

„Was es für ein lieber Kleiner ist!“ sagte sie mit Thränen in den Augen. „Wie würde sich seine Mutter freuen, wenn sie so wie ich bei ihm geseffen hätte und ihn jetzt sähe!“

„Vielleicht sieht sie mich,“ flüsterte Oliver und faltete seine Hände. „Vielleicht war sie bei mir, Ma'am. Es ist mir fast, als wäre sie hier gewesen.“

„Das macht das Fieber, mein Kind,“ bemerkte Frau Bedwin.

(Fortsetzung folgt.)